

## Kohleausstieg und Strompreise: Papierindustrie bleibt gelassen

01.02.2019



Winfried Schaur, Vorstandsmitglied des größten europäischen Papierkonzerns UPM und Präsident des Verbands Deutscher Papierfabriken. Bild: VDP

eid „Der Ausstieg aus der Kohleverstromung wird kein Spaziergang.“ Umweltministerin Svenja Schulze gab sich sehr zurückhaltend, als sie den Kompromiss der [Kohlekommission](#) kommentierte. Winfried Schaur, Vorstandsmitglied des größten europäischen Papierkonzerns UPM und Präsident des Verbands Deutscher Papierfabriken, nahm sich daran offenbar ein Beispiel. Die Politik stehe jetzt vor der „Mammutaufgabe“, eine vernünftige Balance zwischen Ökologie und Ökonomie hinzubekommen“, sagte Schaur bei einem Auftritt vor der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung in Düsseldorf.

Nun ist die Papierindustrie ohnehin nicht dafür bekannt, ihre Anliegen lautstark zu postulieren und Positionen knallhart zu verteidigen. Weitere Entlastungen von den hohen deutschen Strompreisen seien für energieintensive Industrien wie die Papierindustrie „überlebensnotwendig“, war eigentlich die einzige prägnantere Forderung, die die Journalisten Schaur entlocken konnten. Auch mit Kritik an Politik oder Umweltverbänden ging er sehr zurückhaltend um. Alle möglichen (Kohle-) Ausstiegsszenarien seien schnell definiert worden, aber alle Konzepte, diese umzusetzen, hinkten hinterher, waren noch die kräftigsten Worte.

Dabei gibt es durchaus Fakten, die zeigen, wie abhängig die deutsche Papierindustrie von den Energiepreisen ist. Allein ein Wegfall der Ausgleichsregelung im EEG für energieintensive Unternehmen würde in der Branche mit annähernd 800 Millionen Euro im Jahr zu Buche schlagen. Das wäre mehr als der Gewinn der 156 Unternehmen des Industriezweigs mit einem Gesamtumsatz von 15,5 Milliarden Euro. Ein Wegfall des verminderten Steuersatzes und des

Spitzenausgleichs bei der Energie- und Stromsteuer würde die Papierindustrie nach Verbandsangaben mit 425 Millionen Euro im Jahr belasten.

Über diese Entlastungen hinaus können Unternehmen Minderungen bei der Konzessionsabgabe für Strom und Gas, der Umlage nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, bei Netzentgelten und der Kompensation des Strompreisanstiegs durch den Emissionshandel beantragen. Diese fallen von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlich aus. Eine Einschätzung des Verbands über den Umfang gibt es nicht. Diese Ausnahmen von den ansonsten von Stromverbrauchern zu tragenden Kosten dienen dazu, die energieintensiven Branchen wettbewerbsfähig zu halten. Im Gegensatz etwa zum europäischen Emissionshandel treffen diese Belastungen nämlich nur deutsche Unternehmen. Energie hat in den Unternehmen einen Anteil von 20 Prozent an den Gesamtkosten und schlägt damit stärker zu Buche als die Ausgaben für die insgesamt rund 40.000 Mitarbeiter.

Um einen Black-out zu verhindern hatte die Bundesnetzagentur am 14. Dezember 2018 Großverbraucher der Industrie zur Abschaltung von Anlagen angehalten. Neben Aluminiumhütten reagierte auch die Papierindustrie. Der UPM-Konzern fuhr die Produktion von vier großen Papiermaschinen herunter. Diese Versorgungslage sollte die Leute zum Nachdenken bringen, sagte Schaur. Und dann wurde er für seine Verhältnisse doch relativ deutlich. „Wenn die Volatilität in den Netzen künftig noch zunimmt, müssen wir uns überlegen, ob wir an dem Mechanismus der Abschaltvereinbarungen weiter teilnehmen wollen.“